

# Lotterie- und Sportfondsgesetz (LSG)

vom ...

---

I.

## 1. Allgemeine Bestimmungen

### § 1 Gegenstand

<sup>1</sup> Dieses Gesetz regelt gestützt auf das Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz; BGS)<sup>1)</sup> die Ermächtigung für die gemeinsame Durchführung von Geldspielen mit anderen Kantonen und die Verwendung der Reingewinne von Grossspielen.

### § 2 Interkantonale Vereinbarung

<sup>1</sup> Der Regierungsrat wird ermächtigt, mit anderen Kantonen eine Vereinbarung über die gemeinsame Durchführung von Geldspielen abzuschliessen.

<sup>2</sup> Die Swisslos Interkantonale Landeslotterie (Swisslos) wird auf dem Gebiet der Deutschschweizer Kantone und des Kantons Tessin als ausschliessliche Veranstalterin im Sinne von Art. 23 Abs. 2 BGS bezeichnet.

### § 3 Fonds

<sup>1</sup> Der Kanton führt einen Lotteriefonds und einen Sportfonds, die aus dem kantonalen Anteil am Reingewinn der Swisslos gespeist werden.

<sup>2</sup> Der Regierungsrat legt die Aufteilung des kantonalen Anteils zwischen den beiden Fonds fest.

<sup>3</sup> Die Kosten der Fondsverwaltung werden aus den Fondsmitteln gedeckt.

## 2. Verwendung der Mittel aus dem Lotteriefonds und dem Sportfonds

### § 4 Verwendungszweck

<sup>1</sup> Die Mittel aus dem Lotteriefonds und dem Sportfonds werden vollumfänglich für gemeinnützige Zwecke namentlich in den Bereichen Kultur, Soziales und Sport verwendet.

---

<sup>1)</sup> SR 935.51

<sup>2</sup> Das unterstützte Vorhaben muss für den Kanton, die grössere Region oder gesamtschweizerisch von Bedeutung sein und in der Regel einen Bezug zum Kanton haben.

<sup>3</sup> Im Bereich Soziales, namentlich für humanitäre Hilfsaktionen, kann von den Vorgaben gemäss Absatz 2 abgewichen werden.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat legt den Verwendungszweck und die weiteren Kriterien für die Gewährung von Beiträgen näher fest.

## § 5 Verfahren

<sup>1</sup> Der Regierungsrat regelt die Anforderungen an Form und Inhalt der Gesuche sowie deren Behandlung.

## § 6 Zuständigkeit

<sup>1</sup> Der Regierungsrat entscheidet über einmalige Beiträge bis 3 000 000 Franken und über neue jährlich wiederkehrende Beiträge bis 1 000 000 Franken.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat entscheidet über einmalige Beiträge von mehr als 3 000 000 Franken und über neue jährlich wiederkehrende Beiträge von mehr als 1 000 000 Franken. Diese Beschlüsse unterliegen der fakultativen Volksabstimmung.

<sup>3</sup> Bei Beiträgen von mehr als 200 000 Franken ist die Stellungnahme der Kulturkommission oder der Sportkommission einzuholen, soweit der Beitrag ihren Sachbereich betrifft.

## § 7 Beiträge

<sup>1</sup> Beiträge können insbesondere als finanzielle Leistung oder als Defizitgarantie mit festgelegtem Höchstbetrag ausgerichtet werden. Sie können mit Auflagen oder Bedingungen versehen werden.

<sup>2</sup> Es besteht weder ein Rechtsanspruch auf Gewährung von Beiträgen noch auf eine bestimmte Form der Ausrichtung.

## § 8 Kontrolle

<sup>1</sup> Der Regierungsrat sorgt für die Überprüfung der zweckmässigen und gesuchsgetreuen Verwendung der Beiträge durch die Empfänger und Empfängerinnen.

<sup>2</sup> Die Finanzkontrolle prüft die Verwendung der Mittel in formeller, materieller und wirtschaftlicher Hinsicht. Sie überprüft das Controlling gemäss Absatz 1.

## § 9 Widerruf

<sup>1</sup> Entscheide über Beiträge können ganz oder teilweise widerrufen und ausbezahlte Beiträge zurückgefordert werden, wenn:

1. sie missbräuchlich oder rechtswidrig erwirkt wurden;

2. die Beitragsvoraussetzungen oder Bedingungen nicht oder nicht mehr erfüllt sind, Mittel zweckentfremdet eingesetzt werden oder Gewinn erwirtschaftet wird;
3. der angestrebte Zweck nicht oder nicht mehr rechtzeitig verwirklicht werden kann.

<sup>2</sup> Der Anspruch auf Rückforderung verjährt zehn Jahre nach seiner Entstehung.

### **3. Schlussbestimmung**

#### **§ 10 Übergangsbestimmung**

<sup>1</sup> Gesuche, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes hängig sind, werden nach neuem Recht beurteilt.

II.

(keine Änderungen bisherigen Rechts)

III.

Der Erlass RB 935.51 (Lotteriegesezt vom 29. August 1938) wird aufgehoben.

IV.

Dieses Gesetz tritt auf einen durch den Regierungsrat zu bestimmenden Zeitpunkt in Kraft.